Bernd-A. Rusinek

# WAS HEISST: „ES ENTSTANDEN NEUE STRUKTUREN"?

## Überlegungen am landesgeschichtlichen Beispiel

### I.

Die hier vorzustellenden Überlegungen zum Thema Strukturbildung haben den Charakter einer theoretischen Selbstvergewisserung. Sie stehen im Kontext der methodologischen Grundlegung eines Forschungsprojekts, das sich in vielfältiger Weise mit der Herausbildung von Strukturen befaßt. Es geht um die Geschichte der bundesdeutschen Großforschung am Beispiel der seit dem 1. Januar 1990 als „Forschungszentrum Jülich" firmierenden Kernforschungsanlage Jülich (KfA). Dabei soll nicht Punkt für Punkt referiert werden, wie durch ein



aus: Geschichte im Westen, Jahrgang 1990, Heft 2, S. 150–161

Großforschungszentrum, das in der Nähe einer niederrheinischen Kleinstadt sozusagen auf wilder Wurzel errichtet wurde, neue Strukturen und damit veränderte Rahmenbedingungen für die lokalen Akteure entstanden. Vielmehr werden an einzelnen Momenten dieser Beziehung theoretische Überlegungen zum Strukturbegriff angestellt.

In der Geschichtswissenschaft sind in der Regel Sozialstrukturen gemeint, wenn von Strukturen die Rede ist. Die Verwendung des Begriffs „Sozialstruktur" gewann seit dem 19. Jahrhundert für die Sozialtheorie Bedeutung. Sie hing eng mit dem Aufkommen der empirischen Gesellschaftslehre zusammen. Mit Hilfe des Begriffs der Sozialstruktur „wurde es . . . möglich, Beziehungsgefüge einer Vielzahl von Akteuren auch für *den* Fall zu untersuchen, daß diese nicht länger in persönlicher Interaktion miteinander standen, sondern untereinander nur mehr über die indirekten anonymen Funktionen der Resultate ihres Handelns verbunden waren". Damit eignet sich der Begriff „zur Analyse demographisch wachsender, funktional differenzierter Gesellschaften" (Schmid, Sozialstruktur, Sp. 3280). Es wurde eine Möglichkeit geschaffen, in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen die Ebene „konkretistisch" verstandener Akteure zu untergreifen. Das bedeutet jedoch nicht, von ihnen wegzublicken. Indem der Scheinwerfer auf die Beziehungsnetze gerichtet wird, in die diese eingebunden sind und die sie konstituieren, wird ein tieferes Verständnis historischer Prozesse ermöglicht, ohne sie individualistisch zu verkürzen.

Für Raumforschung und Landesplanung bedeutet Strukturforschung „eine Methode systematischer Gefügeuntersuchung, der Erforschung des inneren materiellen Zusammenhaltes einer zugleich global in ihren Gesamtfunktionen zu betrachtenden Erscheinung". Der strukturelle Zusammenhang dieser Erscheinungen könne „von streng gesetzesmäßigen Bindungen bis zu lose tendenziellen" reichen (Handwörterbuch der Raumforschung III, Sp. 3325 f.). Die wesentlichen Arbeitsbegriffe der integrierenden Strukturforschung sind „Strukturelement", „Strukturmerkmal" und „Strukturbereich" (ebenda, Sp. 3327).

Ein Strukturbereich wäre beispielsweise die Infrastruktur oder der Siedlungsraum. Von dem ins Auge gefaßten Strukturbereich hängt es ab, was jeweils unter einem Strukturelement zu verstehen ist. Strukturelemente des Strukturbereiches Infrastruktur wären Investitionsgrundbetrag, Krankenbett und Straßenkilometer; als Strukturelemente des Strukturbereichs Siedlungsraum können bebaute und sonstige Flächen, Bevölkerungsdichte und Wanderungsbewegungen angesehen werden (ebenda, Sp. 3329). Strukturmerkmale dienen zur Qualifizierung von Strukturelementen und werden als „Koeffizient(en) benutzt, um besondere strukturelle Situationen . . . genauer zu kennzeichnen und damit auch der Vergleichbarkeit unterschiedlicher räumlicher Bereiche zu dienen" (ebenda, Sp. 3329). Ein Strukturmerkmal des Strukturelements Siedlungsraum wären Konflikte zwischen einer ortsansässigen Bevölkerung mit großem Arbeiter- und Handwerker-Anteil und einer zugezogenen Akademikerpopulation. Strukturmerkmale sind also Kombinationen der Strukturelemente.

Der für die Hermeneutik des Strukturgeschehens entscheidende Gesichtspunkt wird von einigen Autoren als „Indexikalität" bezeichnet; diese „beschreibt . . . den Sachverhalt, daß die Erscheinungen Zeichen für dahinter liegende Strukturmuster sind . . ." (Weingarten/Sack, Ethnomethodologie, S. 16). Wenn also Ereignisse, Entscheidungen und Handlungen unter dem Gesichtspunkt des Strukturgeschehens betrachtet werden, sind sie auf ihren indexikalischen Charakter zu überprüfen. Damit wäre die starre Engegensetzung von Struktur und Ereignis vermieden, die Jürgen Kocka bereits Mitte der siebziger Jahre als schwierig und

problematisch bezeichnet hat: Beide Betrachtungsweisen seien aufeinander angewiesen; für das Begreifen von Ereignissen sei unabdingbar, auf die ihnen vorgegebenen und in sie eindringenden Strukturen zu rekurrieren; aber weder in der Erfahrung noch in der wissenschaftlichen Analyse seien Ereignisse *voll* aus ihren strukturellen Bedingungen erklärbar (Kocka, Sozialgeschichte, S. 23). Häufig sind dagegen Strukturelemente erst in den Ereignissen faßbar. Zur Feststellung solcher Strukturelemente „hinter, unter und in den Ereignissen" bedarf es über das normale Maß der Quellenkritik hinaus besonderer hermeneutischer Anstrengungen (ebenda, S. 25). Ziel dieser Anstrengungen kann es jedoch nicht sein, unter der „Oberfläche" der Ereignisse eine „Tiefe" zu suchen, sondern die „Tiefe der Oberfläche" (Adorno, Terminologie 1, S. 136) auszumachen. Hans-Ulrich Wehler (Gesellschaftsgeschichte 1, S. 9) unterstreicht die heuristische Funktion des Strukturbegriffs. Wolle man vor der Komplexität der historischen Realität nicht kapitulieren und sich allein auf überschaubare monographische Forschung oder „positivistische Miniaturarbeit" zurückziehen, so sei man genötigt, die historische Realität einem „abstrakten Ordnungsschema" zu unterwerfen.

Um solch einen heuristischen Zugriff handelt es sich, wenn Wilhelm Janssen über die notorische Buntscheckigkeit der Ereignisse in Jülich–Kleve–Berg während der frühen Neuzeit ausführt, es wäre „wenig erhellend, das Verwirrspiel der . . . Bündnisse, Fehden, Waffenstillstände . . . im einzelnen schildern zu wollen; denn es spielte sich auf der Basis und vor dem Hintergrund weniger einfacher, sich durchhaltender Grundkonstellationen und -situationen ab" (Janssen, 1400–1600, S. 29). „Struktur" oder „durchhaltende Grundkonstellation" sind jedoch nicht allein heuristische Hilfsmittel, die nach dem Gutdünken des Historikers eingesetzt werden können. Ihr Realitätskontakt ist schon deshalb überprüfbar, weil die historische Realität etwa in Form von Eigeninterpretationen von einzelnen oder Institutionen selbst Strukturmodelle hervorbringt.

Im doppelten Sinne eines „verdichteten realhistorischen Wirkungszusammenhanges" und „eines heuristischen Hilfsmittels" will Wehler (Gesellschaftsgeschichte 1, S. 9f.) seine Achsen-Konzeption verstanden wissen. Diese Achsen sind gliedernde und aufschlüsselnde Unterbegriffe des „Komplexphänomen(s) . . . Sozialstruktur". Elemente einer Definition von „Struktur" enthält Wehlers Bestimmung der Wirtschaftsstruktur, die er als „institutionalisiertes Regelsystem" bezeichnet, „das natürliche Ressourcen, menschliche Kooperation und technologische Ausrüstung für die Herstellung von Gütern und die Bereitstellung von Dienstleistungen dauerhaft kombiniert" (ebenda, S. 10).

Was im folgenden am Beispiel des Strukturbegriffs referiert wird, ist vielfach nicht neu. Jedem ist klar, daß Strukturen die Umwelt von Akteuren prägten, die wir historisch untersuchen. Soll man sich also mit Selbstverständlichkeiten befassen? Diese häufig gestellte Frage rührt an den Nerv sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. Es wäre zu entgegnen, daß wissenschaftliche Begriffe „den Realitätskontakt . . . als Differenzerfahrung" organisieren müssen. Sozialwissenschaftliche Theoriebildung – so heißt das – muß sich den beobachteten Phänomenen gegenüber fremdstellen; sie darf sie nicht unbefragt übernehmen. Das „Fremdstellen" ist also die Voraussetzung dafür, daß Theorien für die beobachteten Phänomene eine „adäquate Eigenkomplexität" ausbilden und auf diese Weise Informationsgewinn ermöglichen (Luhmann, Soziale Probleme, S. 13). Würde die Geschichtswissenschaft diese Differenzerfahrung nicht organisieren, so könnte sie frei – nach Friedrich Schlegel – zu den beobachteten Phänomenen nur „Potztausend!" sagen.

II.

Der Gründungsbeschluß der Kernforschungsanlage Jülich erfolgte 1956 im Kontext der sogenannten „Atomeuphorie". Nach den Pariser Verträgen waren der Bundesrepublik Forschungsarbeiten auf dem atomphysikalischen Gebiet gestattet worden. Auf der ersten Genfer Konferenz von 1955 stellten die auf diesem Sektor führenden Staaten große Teile ihrer Forschungsergebnisse für die friedliche Nutzung der Kernenergie zur Verfügung. Um den Anschluß an das internationale Niveau zu erreichen, wurde die spätere KFA als gemeinsame Atomforschungsanlage für die nordrhein-westfälischen Hochschulen projektiert. Um die beiden in England entwickelten Reaktoren „Dido" und „Merlin" herum entstand eine Korona von Instituten.
Die Anlage wurde am 28. September 1961 von Ministerpräsident Meyers in Anwesenheit prominenter in- und ausländischer Wissenschaftler offiziell ihrer Bestimmung übergeben. Schon zu dieser Zeit waren bei der KFA 1000 Personen beschäftigt. Heute ist sie eine von 13 bundesdeutschen Großforschungseinrichtungen, die in einer Vielzahl von Instituten 4600 Mitarbeiter hat, darunter 900 Wissenschaftler.

III.

Die durch die KFA entstandenen Strukturen können in mehrfacher Hinsicht untersucht werden. Dabei erwiese sich die Gegenüberstellung einer mikrosoziologischen Ebene der Analyse von Interaktionen und einer makrosoziologischen Ebene der Analyse von Institutionen (Fürstenberg, Schlüsselbegriff, S. 452) in der Forschungspraxis als genauso unzweckmäßig wie die starre Polarisierung von Struktur und Ereignis. Oftmals legen mikrosoziologische Vorgänge makrosoziologische Elemente frei.
Konzentriert man sich bei der historischen Untersuchung von Großforschungszentren auf die Entstehung eines ausdifferenzierten organisatorisch-institutionellen Gefüges, so bieten sich dafür verschiedene Strukturbereiche an. Parallel und im Wechselspiel mit den Großforschungseinrichtungen bildeten sich in den Ministerien des Bundes und der Länder Mechanismen der Steuerung heraus. Innerhalb der Großforschungseinrichtungen entstanden komplexe Organisationsstrukturen und Leitungsmechanismen, mit deren Hilfe auf externe Steuerungsmaßnahmen reagiert wird und Forschungsleistungen optimiert werden sollen. Zwischen den Großforschungseinrichtungen, die in Vernetzungsprozesse auf internationaler Ebene eingebunden sind, entwickelten sich institutionelle Verbindungen. Komplexe Vernetzungen und strukturierte Handlungsfelder entstanden zwischen den Großforschungszentren und dem Umland.
Alle diese Verflechtungen sind Strukturbereiche; sie unterscheiden sich danach, ob die Großforschungseinrichtung Subjekt oder Objekt der Strukturenbildung ist. Die Strukturbereiche stellen verschiedene Anforderungen an die Handelnden, bestimmen Geltungsbereiche von Sätzen und schließen Handlungen aus, die in einem anderen Strukturbereich gerade gefordert sind. So soll die Binnenstruktur der KFA wissenschaftliche Innovationen ermöglichen, um in der Scientific Community Aufsehen zu erregen und ein hohes Prestige zu

erreichen; im Verhältnis zwischen der KFA und der Stadt Jülich wird dagegen Kontinuität und Reibungslosigkeit angestrebt.

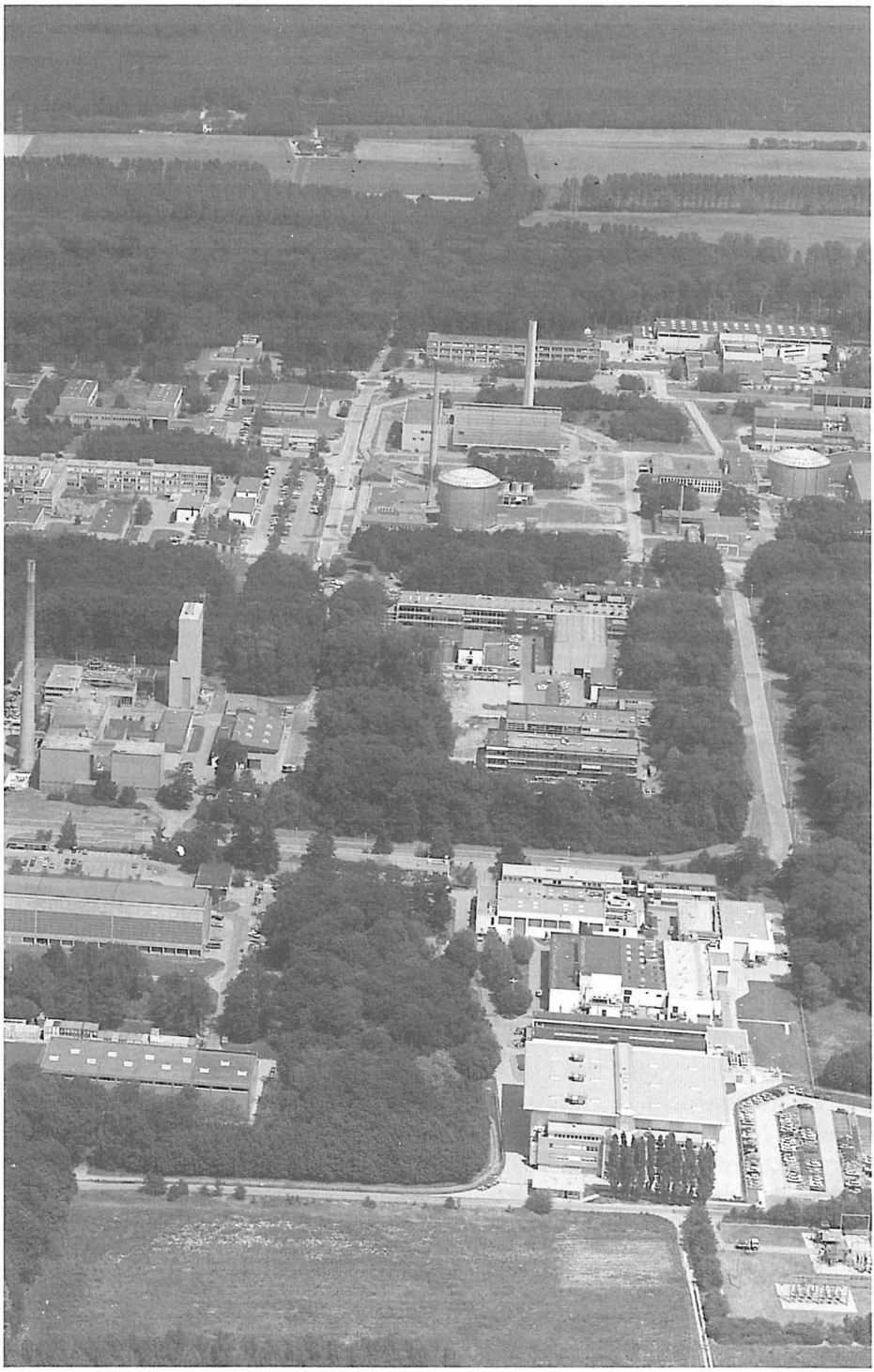
Der Wirkungszusammenhang der Strukturbereiche kann entweder als Übersetzung oder als Umsetzung angesehen werden. Wenn ein Politiker vor dem Hauptausschuß des Landtags (Leo Brandt am 6. Juli 1961) erklärte, durch die erfolgreiche Arbeit eines KFA-Wissenschaftlers könne der Entwicklungsstand anderer Staaten bald überholt werden, und außerdem kämen EURATOM-Gelder in Millionenhöhe nach Nordrhein-Westfalen, so handelt es sich dabei um eine Übersetzung aus dem Handlungsfeld Wissenschaft in das Handlungsfeld Politik durch einen Politiker. Umgekehrt würde ein Physiker einen Politiker am Portepee seines außenpolitischen Ehrgeizes fassen, um ein kostspieliges Forschungsprojekt finanziert zu bekommen.

Beide Fälle könnten als horizontale Übersetzungen aus der „Sprache" eines Strukturbereiches in die Sprache eines anderen bezeichnet werden. Vertikale Übersetzungen dagegen sind Ausdruck hierarchischer Beziehungen. Werden einer Forschungseinrichtung Mittel gekürzt, so kann das innerhalb dieser Einrichtung in den Abbruch eines Forschungsprojekts oder den Stopp eines Bauvorhabens übersetzt werden. Bei Umsetzungen dagegen wird die „Sprache" nicht gewechselt. Eine horizontale Umsetzung wäre die Anmeldung eines Forschungsergebnisses als Patent eine vertikale Umsetzung die Befolgung einer Anordnung der Steuerungsinstitution, einen bestimmten Forschungsschwerpunkt einzurichten. Die Spielräume sind bei vertikalen Umsetzungen am geringsten; bei horizontalen Übersetzungen können sie relativ groß sein. Aber sie sind limitiert. Wie ein bestimmter Nerv eine äußere Einwirkung als Farbe notiert, ein anderer als Schmerz und ein dritter als Geräusch, so ist es bürokratietheoretisch möglich, daß eine Finanzabteilung ein Forschungsvorhaben einzig in ein Ausgabenproblem, eine Öffentlichkeitsabteilung in ein Prestigeproblem und eine Personalabteilung in ein Problem des Stellenplanes übersetzt.

Die Geschichte einer Großforschungseinrichtung ist das Resultat der Interaktionen vieler verschiedener Akteure und Institutionen in einer beachtlichen Anzahl von Strukturbereichen. Werden in der historischen Darstellung die Schnittstellen zwischen diesen Strukturbereichen als Umsetzungs- und Übersetzungsleistungen analysiert, so vergrößert sich die Chance der Komplexitätsreduktion, indem nicht das bloße Nebeneinander der Bereiche, sondern ihr Miteinander im Zentrum steht.

## IV.

Bei der historischen Betrachtung der Beziehung zwischen der KFA und der Stadt Jülich zeigt sich sehr deutlich, was es heißt: Es entstehen neue Strukturen in der Landes- und Regionalgeschichte. Zur Zeit des Gründungsbeschlusses waren die Stadt und ihr Umland eine im Vergleichsmaßstab des Landes schwach entwickelte Region. Mit einer Trümmerrate von 97 Prozent galt Jülich als die meistzerstörte Stadt des Zweiten Weltkrieges. Es standen noch sechs Häuser. Bis Ende der fünfziger Jahre dränte daher der Wiederaufbau alle übrigen Aufgaben an den Rand. 1953 warteten noch 3000 evakuierte Bürger auf ihren Einzug in neuerstellte Wohnungen. Von 1948 bis 1960 hat die Stadt rund 20 Millionen DM für die Kriegsschädenbeseitigung aufwenden müssen. 1960 war die Wiederaufbauphase weitgehend



KFA Jülich (Ausschnitt)

abgeschlossen, und man richtete sich darauf ein, den „angestauten Nachholbedarf zu erfüllen" (Verwaltungsbericht Jülich 1963, S. 3). Aber dieser neue Handlungsspielraum sollte nicht lange bestehen bleiben. Wie in den fünfziger Jahren der Wiederaufbau, so besaß in den sechziger Jahren die Bewältigung der „KFA-Folgemaßnahmen" die oberste Priorität. Die Kernforschungsanlage im Stetternicher Forst im Süden von Jülich hat, wie Günter Bers in seiner Stadtgeschichte schreibt, „die Sozialstruktur Jülichs gründlich verändert" (Bers, Jülich, S. 68f.; dort auch die folgenden Einzelheiten und Zitate). Die KFA wurde größter Arbeitgeber. 1987 wohnten allein in Jülich fast 2000 KFA-Beschäftigte. Etwa die Hälfte der Einwohnerschaft ist wirtschaftlich direkt oder indirekt von der Großforschungseinrichtung abhängig: „Jede Änderung der Forschungsrichtung . . . kann die Wirtschaft der Stadt Jülich erheblich in Mitleidenschaft ziehen."

## V.

In der Stadtgeschichte von Jülich hat es in diesem Jahrhundert drei große Umbrüche gegeben. Unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde mit dem Reichsbahnausbesserungswerk, um dessen Standort Jülich erfolgreich gegen Düren konkurrierte, ein Schritt in die im 19. Jahrhundert weitgehend verpaßte Industrialisierung versucht. Ein katastrophaler Umbruch war die weitgehende Zerstörung Ende 1944, und die Kernforschungsanlage stellte den dritten Umbruch dar. Landrat Wilhelm Johnen, lange Jahre auch Landtagspräsident, nannte diesen dritten Umbruch eine „Strukturänderung", die verhindern werde, daß sich die Kreisstadt zum reinen Verwaltungsbezirk entwickele („Jülicher Volkszeitung", 11. September 1964). 1964 wurde auf einer Veranstaltung der örtlichen Jungen Union von einer „soziologischen Strukturwandlung" der Stadt infolge der KFA gesprochen (ebenda, 25. März 1964).

Der Strukturbereich der Kernforschungsanlage und der Stadt Jülich kann unter dem Gesichtspunkt der Integration wie unter dem Gesichtspunkt der Spannung analysiert werden. Unter dem Integrationsgesichtspunkt stünde eine Untersuchung über KFA-Angehörige im Rat der Stadt, am Spannungsgesichtspunkt wäre eine Untersuchung der zum Teil heftigen Kontroversen zwischen Alt-Jülichern und KFA-Neubürgern in den sechziger Jahren orientiert. So wurden 1964 bei einer Diskussionsveranstaltung mit dem Vorsitzenden der CDU-Ratsfraktion, Hubert Bücher, die hohen kulturellen Anforderungen der KFA-Neubürger beklagt: „Oft würden Anträge auf dem kulturellen Bereich gestellt, die einfach nicht zu erfüllen seien. Dabei würde immer wieder unterstrichen, wieviel Besseres man gewohnt sei. Zu oft würde der gute Wille der eingesessenen Bürgerschaft mit Füßen getreten" (Jülicher Nachrichten", 25. März 1964).

Historisch wesentlich aufschlußreicher ist der Spannungsgesichtspunkt. Er bildet die Dynamik des historischen Prozesses ab und enthält Informationen über die Anfänge. Der Errichtung der KFA ging eine jahrelange Standortsuche voraus. Als der Kölner Königsforst am Protest der Bevölkerung gescheitert war, sollte die Entscheidung zwischen Schleiden in der Eifel und dem Merzenicher Erbwald bei Düren fallen. Landrat Johnen hatte versucht, den Standort Jülich ins Spiel zu bringen, doch erhielt durch Kabinettsbeschluß vom 29. April 1957 Düren

den Zuschlag. Dagegen protestierte aber die Braunkohleindustrie und machte Schürfrechte geltend. Daraufhin wurde der Kabinettsbeschluß zurückgenommen, und am 19. November 1957 fiel die endgültige Entscheidung für Jülich. Johnens Bemühungen hatten also am Ende Erfolg.

Der Kampf des Jülicher Rechtsanwalts und Notars Johnen für den Standort Jülich spielte sich in dem längst vorstrukturierten Handlungsfeld der Konkurrenz zwischen Jülich und Düren ab. Dieses Konkurrenzverhältnis ging in seinem Ursprung darauf zurück, daß die 1841 eingerichtete Eisenbahnlinie Köln–Aachen–Antwerpen nicht über Jülich, sondern über Düren geführt worden war. Die Bahnlinie trug zur wirtschaftlichen Blüte von Düren bei, während Jülich lange Jahre von der beginnenden industriellen Entwicklung abgeschnitten blieb (Bers, S. 37). Dagegen konnte sich Jülich 1914 gegen die Konkurrenz der Städte Düren und Euskirchen als Standort eines großen Eisenbahn-Ausbesserungswerkes mit mehr als 2000 Betriebsangehörigen durchsetzen. Da das Werk als Staatsbetrieb jedoch keine Gewerbesteuern zahlte, geriet die Stadt durch Folgemaßnahmen wie Wohnungs- und Straßenbauten in eine finanzielle Krise (ebenda, S. 55). Als Ende der fünfziger Jahre über den KFA-Standort diskutiert wurde, hoben Jülicher Vertreter ausdrücklich hervor, daß man nun die Chance nutzen wolle, die Wissenschaft und Technik böten, und nicht wieder den Anschluß verpassen („Ruhr-Nachrichten", 18. März 1960). Die „frühe Geschichte mit der Eisenbahn" trug auch zur Akzeptanz der „Atomforschungsanlage" in der Bevölkerung bei (Gespräch mit Prof. A. Boettcher, bis 1970 wissenschaftlich-technischer Geschäftsführer der KFA, am 13. November 1989).

Daß sich die Stadt als Standort der Kernforschungsanlage anbot, war also kein kontingentes, sondern ein indexikalisches Ereignis, Kombination aus Elementen eines vorstrukturierten Handlungsrahmens. Wir stoßen hier zugleich auf das Problem der „Struktur in der Struktur". Wenn sich die Stadt in den sechziger Jahren für die KFA einsetzte, als deren Mittel gekürzt werden sollten, kann dies sowohl als Element eines Handlungsfeldes angesehen werden, das durch verpaßte Chancen im 19. Jahrhundert entstanden war, wie auch als Element des Strukturbereiches KFA/Stadt Jülich.

Niemand würde heute bestreiten, daß Jülich von der KFA sozial, infrastrukturell und wirtschaftlich geprägt wird. Je mehr die Großforschungseinrichtung wuchs – so heißt das für unsere Überlegungen zum Strukturbegriff –, desto mehr Ereignisse der neuesten Stadtentwicklung können auf den Strukturbereich KFA-Stadt Jülich zurückgeführt werden. Der Anteil indexikalischer Ereignisse an der gesamten Ereignisquantität zeigt die Dichte eines Strukturbereiches an.

Auch scheinbar fernliegende Vorgänge wie die Debatte um die Gemeinschaftsschule Anfang der sechziger Jahre lassen sich aus dem genannten Strukturbereich ableiten. In der weitgehend konservativ und katholisch geprägten Stadt war die Forderung nach einer Gemeinschaftsschule gleichsam etwas Unerhörtes, Revolutionäres. In einem Zeitungsartikel wurde von „liberalen und sozialistischen Kräften" gesprochen, die hinter der Gemeinschaftsschulbewegung stünden („Jülicher Volkszeitung", 22. April 1964). Die Forderung ging auf eine Eltern-Initiative zurück, die von der Frau eines KFA-Wissenschaftlers geleitet wurde. Der Streit war also auf KFA-Neubürger zurückzuführen und belegte den Mentalitätsunterschied zwischen den alteingesessenen Jülichern und den zugezogenen Akademikern.

1953 gab es in Jülich 704 Gewerbebetriebe, vom Industriebetrieb bis zum Kiosk. Handel und Handwerk machten 73,8 Prozent aller dieser Betriebe aus; die Zuckerfabrik war der größte Industriebetrieb. In einer Fachzeitschrift wurde Jülich als das „Eldorado der Dachdecker" bezeichnet (Verwaltungsbericht 1945–1955, S. 80 u. 86). Mit der handwerklich und von landwirtschaftsabhängiger Industrie geprägten Sphäre und den KFA-Akademikern stießen in Jülich auch zwei verschiedene Arbeitsbegriffe aufeinander. Hier die konkrete und zupakkende Tätigkeit des Dachdeckers oder Arbeiters in der Zuckerfabrik, dort die Tätigkeit des Forschers, der umständliche Berechnungen anstellt, sich nicht einmal die Hände schmutzig macht und dessen Arbeitsergebnis nicht sofort sinnfällig vor Augen steht. Diese Differenz ließ auf der Seite der Alt-Jülicher oft den Vorwurf entstehen, in der KFA würde nicht gearbeitet. Auf einem Diskussionsabend im Frühjahr 1964 mußte sich Landrat Johnen „gegen jede globale Behauptung von Faulenzerei in der KFA" zur Wehr setzen.

## VI.

Vor dem Hauptausschuß des Landtags erklärte Staatssekretär Brandt am 17. Oktober 1963, man hoffe, „daß es im Zusammenhang mit der KFA noch zu industriellen Entwicklungen (Zuliefererindustrie) komme" (HStAD NW 156–178). Aber anstelle des von vielen Lokalpolitikern erwarteten wirtschaftlichen Aufschwungs geriet Jülich in den sechziger Jahren durch KFA-Folgemaßnahmen in eine finanzielle Krise. Bürgermeister Karl Knipprath gestand 1964 ein, die Folgen des Beschlusses, die Kernforschungsanlage zu bauen, seien „anfänglich nicht zu übersehen" gewesen („Jülicher Volkszeitung", 30. Juli 1964). Denn diese brachte der Stadt keine Einnahmen aus Grund- und Gewerbesteuern, und die neuen Wohnungsbauten waren für zehn Jahre grundsteuerfrei. Hätte die KFA Grundsteuern zahlen müssen, so wären bei einem angenommenen Einheitswert von 75 Millionen Mark Jülich jährlich 1,2 Millionen Mark Grundsteuer zugeflossen (KFA-A, Stadtdirektor an Regierungspräsident, 20. 12. 1961). 1962 errechnete die Stadtverwaltung, daß die KFA bei Grund- und Gewerbesteuerpflicht und einem geschätzten Endausbauwert von 300 Millionen jährlich 4,1 Millionen DM an die Stadt zu zahlen gehabt hätte (Stadtdirektor an KFA, 28. 6. 1962).

Die KFA-Folgemaßnahmen führten 1964 zu einer Verschuldung von 10 Millionen DM bei einer Einwohnerzahl von 16300 (StAJ 1024 J/73). Das lag weit über dem Landes- und Bundesdurchschnitt und entsprach einem Pro-Kopf-Anteil von 580 gegenüber 252 DM in vergleichbaren Städten. Im Gegensatz zu Bundesbahn, Bundespost und Bundeswehr war die KFA gesetzlich nicht zur Leistung von Verwaltungskostenbeiträgen an die Stadt verpflichtet. In einer mündlichen Verhandlung wurde darauf hingewiesen, „daß das Arbeitsvolumen der Stadt Jülich in allen Abteilungen durch die Kernforschungsanlage selbst und deren Angehörige um mehr als das Doppelte angestiegen sei" (HStAD NW 156–178). Im Strukturbereich KFA/Stadt Jülich wurde also der Handlungsspielraum der Stadtpolitik eingeengt, während er nach den ersten Erwartungen gerade zu einer Erweiterung dieses Spielraumes hatte führen sollen.

Die Jülicher Lokalpolitiker hatten Ende der fünfziger Jahre geglaubt, neue, wirtschaftlichen Aufschwung garantierende Strukturen bewußt schaffen zu können, sich also als Herren des

Strukturbereiches gesehen. Aus der Kleinstadt hatte eine Mittelstadt, sogar eine Hochschulstadt werden sollen. Aber in den sechziger Jahren wurde Jülich von dem neuen Strukturbereich abhängig. „Jülicher Unbehagen" lautete nun das Stichwort, und Bürgermeister Knipprath erklärte 1962 resigniert, der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung sei ausgeblieben. Aber das war nur die halbe Wahrheit; denn die KFA hatte sich um diese Zeit bereits zu einem attraktiven Arbeitgeber für Arbeiter und Angestellte aus Jülich entwickelt. Schon 1962 wurden den Arbeitern und Angestellten des von der Schließung bedrohten Eisenbahnausbesserungswerkes gleichrangige Arbeitsstellen in der KFA angeboten. Anfang 1964 stimmte der KFA-Verwaltungsrat einem Personalrahmenvertrag mit der Deutschen Bundesbahn zu, der die Übernahme des Personals des Ausbesserungswerkes durch die KFA sicherte (KFA-A, Verwaltungsratssitzung v. 13. 2. 1964).

Das Verhältnis zwischen der KFA und der Stadt Jülich in den sechziger Jahren war dem Verhältnis zwischen dem Reichsbahnausbesserungswerk und der Stadt in den zwanziger Jahren auf verblüffende Weise ähnlich. Es war beide Male gelungen, die Dürener Konkurrenz in die Schranken zu weisen, doch zahlten beide Großbetriebe keine Gewerbesteuern, sondern verursachten Folgekosten, die von der Stadt nur unter großen Mühen aufgebracht werden konnten. Beide Umbrüche veränderten zum Ärger vieler Alt-Jülicher auch das Sozialprofil der Stadt. Das Ausbesserungswerk wurde zur Domäne der Sozialdemokratie in einer von der Zentrumspartei dominierten Stadt (Bers, S. 56), und KFA-Neubürger bezeichnete man anläßlich des Gemeinschaftsschulstreites als „liberale und sozialistische Kräfte". Beiden Strukturbereichen ist gemeinsam, daß sie den ökonomischen Handlungsspielraum der Stadt erweitern sollten, ihn aber – zumindest zeitweilig – einengten.

Dagegen hat die Binnenstruktur der KFA den internen Handlungsspielraum der Einrichtung erweitert. Sie bildete sich in langen Auseinandersetzungen über den Status des Wissenschaftlichen Rates, die Gesellschaftsform, die Organisation der Institute, die Stellung des Vorstandes und den Einfluß von Bund und Land heraus. Abstrakt gesprochen erhöhte die Binnenstruktur die Wahrscheinlichkeit, daß Handlungen die erwarteten Resultate erzielen und Direktiven schnell umgesetzt werden würden. Damit wurde auf das Zeit-, das Kausalitäts- und das Steuerungsproblem reagiert.

Als Element dieser Binnenstruktur bildete sich in den deutschen und internationalen Großforschungseinrichtungen der Akteurstyp des Wissenschaftsmanagers heraus, während die administrativen Strukturen von Städten und Gemeinden, in deren Nähe Großforschungsanlagen entstanden, unverändert blieben. 1970 haben die Anlagen ihre Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGF) institutionalisiert, um gegenüber dem Hauptgeldgeber Bundesrepublik in gemeinsamer Interessenvertretung agieren zu können. Dagegen scheiterte der vergleichbare Institutionalisierungsversuch von Gemeinden, in deren Umfeld solche Einrichtungen lagen.

In den Jahren 1964 und 1969 wurde zwischen dem Bürgermeister von Garching bei München, Amon, und dem Jülicher Stadtdirektor Schröder ein Briefwechsel über die Folgekosten geführt (StAJ 1024 J/73). Nahe Garching war 1956/57 der erste Atomreaktor in der Bundesrepublik errichtet worden, das sogenannte „Atomei". Das Institut für Plasmaphysik kam dann noch hinzu. Mit der Errichtung des Atomreaktors, so schrieb der Garchinger Bürgermeister, habe sich in der damals 2800 Einwohner zählenden Gemeinde eine strukturelle Wandlung angebahnt, die noch in vollem Gange sei: „Die bevölkerungsmäßig rasche Entwicklung der

Gemeinde und die damit verbundene strukturelle Wandlung wirft insbesondere in finanzieller Hinsicht Probleme auf, zu deren Bewältigung die relativ finanzschwache Gemeinde Garching nicht in der Lage ist. Die von der Gemeinde diesbezügl. gepflogenen Bemühungen um Unterstützung von dritter Seite (insbesondere staatliche Hilfe) blieben ohne ausreichenden Erfolg." Auf die Antwort des Stadtdirektors von Jülich, daß es dort nicht anders sei, reagierte der Garchinger Bürgermeister mit „Bitternis und ernster Sorge". In einem späteren Schreiben regte der Jülicher Stadtdirektor an: „Es dürfte sich . . . empfehlen, daß alle Gemeinden und Städte, in deren Bereich sich eine Kernforschungsanlage befindet, sich zu einem gemeinsamen Vorgehen in dieser Angelegenheit zusammenschließen würden." Zu einer solchen Institutionalisierung ist es aber nicht gekommen.

Ähnliche Probleme wie in Jülich und Garching waren im Landkreis Karlsruhe durch das dortige Kernforschungszentrum entstanden (BA Zwischenarchiv B 138–5630). Landrat Groß hatte sich für den Standort in seinem Kreis ebenso eingesetzt wie Johnen für Jülich. War in den sechziger Jahren am Niederrhein von „KFA-Folgelasten" und dem „Jülicher Unbehagen" die Rede, so prägte Groß für seinen Kreis das Wort von der „Aufopferungs-" oder „Opferlandschaft". Er dachte dabei allerdings nicht nur an die Belastungen durch das Zentrum („riesige Landkreisflächen") und den ausgebliebenen wirtschaftlichen Aufschwung, sondern auch an weitere Strukturprobleme wie Streckenstillegungen der Bundesbahn, Kasernen und Munitionslager.

Die Kontroverse war in Karlsruhe heftiger als in Jülich. Der Pressereferent des Kernforschungszentrums und der Landrat lieferten sich Gefechte in einer Tageszeitung. Stellte der Landrat fest, daß von den zahlreichen Millionenaufträgen des Forschungszentrums nur der geringste Teil an die gewerbliche Wirtschaft der näheren Umgebung gegangen und die erhofften steuerzahlenden Folgebetriebe ausgeblieben seien, so parierte der Pressereferent, das „Fernbleiben steuerzahlender Folgebetriebe . . . dürfte nicht zuletzt damit zu erklären sein, daß sich interessierte Unternehmen verständlicherweise nicht ähnlichen Schwierigkeiten ausgesetzt sehen wollten, wie sie dem Kernforschungszentrum immer wieder bereitet werden". Der Landrat wandte sich daraufhin an Staatssekretär Cartellieri im Bonner Forschungsministerium und führte das glatte Gegenteil an; so habe ein großer Betrieb der Lebensmittelbranche 1963 ein Zweigwerk geplant, aber eine erste Standortoption wegen des nahen „Atomreaktors Karlsruhe" wieder verworfen, so daß der Region 2000 Arbeitsplätze entgangen seien.

Die Beispiele Garching und Karlsruhe belegen, daß sich die Probleme des Strukturbereiches KFA/Stadt Jülich in ähnlicher Weise auch in der Nahregion anderer Großforschungseinrichtungen zeigten. Zu diesem Aspekt der Vergleichbarkeit auf der Basis von Strukturanalysen führt Ernst Hinrichs in einem Beitrag über die Methodik regionaler Sozialgeschichte aus, es scheine, als ob die „Regionalhistoriker neuen Typs" nach Einarbeitung in ihr abgegrenztes Gebiet einer Sache auf der Spur seien, „die sie in . . . einander unter Umständen ganz unähnlichen Regionen zu finden hoffen, einem Gemeinsamen, Allgemeinen, das sich . . . erst nach der peniblen Abschichtung des Besonderen, spezifisch Regionalen erschließt" (Hinrichs, Methode, S. 3).

In der Tat erlauben die strukturorientierten Beobachtungen des Verhältnisses zwischen der Kernforschungsanlage und der Stadt Jülich sowohl synchronistische (Jülich, Garching, Karlsruhe) als auch diachronistische Vergleiche (KFA, Eisenbahnausbesserungswerk). Aber das

Besondere wurde bei dieser Interpretation nicht „abgeschichtet", sondern einer vertiefenden Ausdeutung unterzogen. Der Vorwurf, die untersuchte Region werde bei strukturorientiertem Zugriff lediglich als Anschauungsfeld betrachtet, ihr werde „Zulieferer- und Hilfsfunktion zugewiesen", ja, sie werde in „gewisser Weise instrumentalisiert" (ebenda, S. 15), beruht auf einer Gegenüberstellung von Besonderem und Allgemeinem, die ebenso problematisch ist wie jene von Struktur und Ereignis oder von Makro- und Mikrosoziologie.

Abkürzungen der benutzten Archive
BA Zwischenarchiv: Bundesarchiv/Zwischenarchiv Hangelar-St. Augustin
HStAD: Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
KFA-A: Archiv der Kernforschungsanlage Jülich
StAJ: Stadtarchiv Jülich

Literatur

Theodor W. Adorno, Philosophische Terminologie, Bd. 1, Frankfurt/Main 1973[2]
Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), Handwörterbuch der Raumforschung und Raumplanung, Bd. III, Hannover 1970[2]
Günter Bers, Jülich – Geschichte einer rheinischen Stadt, Jülich 1989
Friedrich Fürstenberg, „Sozialstruktur" als Schlüsselbegriff der Gesellschaftsanalyse, in: KZFSS, 18. Jg., 1966, S. 439–453
Ernst Hinrichs, Regionale Sozialgeschichte als Methode der modernen Geschichtswissenschaft in: Ders./ Wilhelm Norden, Regionalgeschichte. Probleme und Beispiele, Hildesheim 1980, S. 1–20
Wilhelm Janssen, Kleve–Mark–Jülich–Berg–Ravensberg 1400–1600, in: Städtisches Museum Haus Koekkoek, Kleve, Stadtmuseum Düsseldorf (Hg.), Land im Mittelpunkt der Mächte. Die Herzogtümer Jülich, Kleve, Berg, Kleve 1985[3], S. 17–40
Jürgen Kocka, Sozialgeschichte – Strukturgeschichte – Gesellschaftsgeschichte, in: AFS 15, 1975, S. 1–42
Niklas Luhmann, Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt/Main 1984
„Niedergang und Aufstieg der Kreisstadt Jülich", Verwaltungsbericht 1945–1955
Michael Schmid, Sozialstruktur, in: Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart 1987[3], Bd. 2, Sp. 3280–3285
Verwaltungsbericht der Stadt Jülich für das Jahr 1963
Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1, 1700–1815, München 1989[2]
Elmar Weingarten/Fritz Sack, Ethnomethodologie. Die methodische Konstruktion der Realität, in: Dies., J. Schenkein (Hg.), Ethnomethodologie. Beiträge zu einer Soziologie des Alltagshandelns, Frankfurt/ Main 1979[2], S. 7–26

Die Beiträge Hüttenberger, Ackermann und Rusinek waren Vorträge auf der 11. wissenschaftlichen Jahrestagung des Brauweiler Kreises am 23. März 1990